

AT

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

9. Sitzung (nicht öffentlich)

31. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

a) "Staus raus aus dem Radio"

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

2

Die Frage wird von Staatssekretär Riotte (IM) beantwortet.

b) Gezielte Blockaden des Straßen- und Schienenverkehrs insbesondere im Zuge von Schülerdemonstrationen

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

3

Der Ausschuß nimmt eine Berichterstattung von Staatssekretär Riotte (IM) entgegen und debattiert anschließend über die Polizeieinsätze bei derartigen Demonstrationen.

c) Brand des Dienstwagens von Minister Heinemann

Frage des Abgeordneten Frechen (SPD)

7

Staatssekretär Riotte (IM) beantwortet die Frage und will eine dazu gegebene Anregung aus dem Ausschuß aufgreifen.

d) § 218 - Speicherung tatverdächtiger Frauen im Polizeicomputer

Frage des Abgeordneten Appel (GRÜNE)

8

Staatssekretär Riotte (IM) nimmt Stellung.

2 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes NWGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/965

9

Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Aussprache vom - mitberatenden - Ausschuß für Innere Verwaltung bei Stimmenthaltung der GRÜNEN, im übrigen einstimmig **angenommen**.

**3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium
Vorlagen 11/243 und 290
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345 und 357

10

Der Ausschuß berät weitere Einzelfragen zu Einzelplan 03 mit den Vertretern des Innenministeriums.

**4 Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren
- Sofortige Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei -**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/795

13

Nach kurzer Aussprache vereinbart der Ausschuß einvernehmlich, im Anschluß an die Italienreise auf diesen Punkt zurückzukommen.

Seite

5 Verschiedenes

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------|----|
| a) Italienreise | 14 |
| b) Zur Tagesordnung der nächsten Sitzungen | 15 |
| c) Durchsuchungsaktion in Bonn-Bad Godesberg am
9. Januar 1991 | 15 |
| d) Zusammenarbeit mit dem Innenausschuß des Landtags
Brandenburg | 16 |

Ausschuß für Innere Verwaltung
9. Sitzung

31.01.1991
ei-pr

StS Riotte (IM) verdeutlicht, die Straftatbestände, derentwegen ermittelt werde, würden selbstverständlich genannt; nur sei der jeweilige Datensatz nicht unter der Paragraphenbezeichnung zu finden. Suchbegriff sei aus Datenschutzgründen allein der Name. Damit solle vermieden werden, daß womöglich Listen von Personen, gegen die wegen eines bestimmten Delikts ermittelt werde, zusammengestellt werden könnten. Die Datei solle nur die sich in der Praxis stellende Frage beantworten: "Welche weiteren Ermittlungsverfahren laufen gegen eine bestimmte Person?"

Auf die weiteren Fragen des **Abgeordneten Appel (GRÜNE)**, in welcher Datei genau und seit wann derartige Daten gespeichert worden seien, kann **StS Riotte (IM)** im Moment keine Auskunft geben. Er sagt zu, ihm übermittelte Detailfragen schriftlich zu beantworten.

2 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes NW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/965

Der **Vorsitzende** erläutert, da der Hauptausschuß die federführende Beratung dieser Materie an sich gezogen habe, sei der Ausschuß für Innere Verwaltung nur mitberatend tätig. Es gehe darum, den 17. Juni als Feiertag abzuschaffen und statt dessen den 3. Oktober zu installieren.

Abgeordneter Frechen (SPD) und **Abgeordneter Paus (CDU)** erklären die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Gesetzentwurf.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) bemerkt, die GRÜNEN hätten es lieber gesehen, wenn man diese Angelegenheit zurückgestellt hätte, um eventuell in Zukunft den Tag der neuen Verfassung feiern zu können. Seine Fraktion enthalte sich deshalb der Stimme.

Der **Ausschuß** nimmt den Gesetzentwurf bei Stimmenthaltung der GRÜNEN, im übrigen einstimmig an.

3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium
Vorlagen 11/243 und 290
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345 und 357

Abgeordneter Paus (CDU) erinnert zunächst an die am 10. Januar zugesagte Übersicht über die im Rahmen der Umsetzung der **Kommunikationsanalyse** von Mummert & Partner vorgesehenen Anschaffungen.

Oberregierungsrat Brungs (Innenministerium) versichert, die Vorlage sei vom Fachreferat erstellt; er wisse nicht, warum sie noch nicht vorliege. Die vom Abgeordneten Paus in der vorletzten Sitzung angesprochenen 5 Millionen DM sollten investiert werden, um Polizeiwachen mit DV-Technik auszustatten, die dazu diene, insbesondere die Aufnahme und Bearbeitung von Anzeigen zu unterstützen.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) fragt, warum bei **Kap. 03 020 Tit. 516 70 - Persönliche Ausstattung der Helfer des regionalen Katastrophenschutzes** - der Ansatz erheblich gekürzt worden sei. - **Ministerialrat Huylmans (Innenministerium)** verweist auf die weit unter dem Ansatz liegenden Ist-Ausgaben des Jahres 1989.